

# Philippinen 2020

## Meldungen von Asien Aktuell 2020

siehe <http://www.umwaelzung.de/aaktuell.html>

Asien Aktuell: tägliche Medienschau mit Nachrichten aus dem Klassenkampf in Asien

Eine Webseite von **WELT IN UMWÄLZUNG** Mannheim-Ludwigshafen

Philippinen	29.11.20	Protest gegen Entlassungen	10911
<p><b>Lapu-Lapu City</b>, Cebu: 300 ArbeiterInnen der <i>First Glory Apparel</i> (T-Shirts) demonstrierten um den Industriepark <i>Mactan</i>, um gegen ihre Entlassung zu protestieren. Vorwand dafür ist Corona und die Insolvenz eines Großabnehmers in den USA. Die ist aber überwunden und das Geschäft läuft so gut, dass bislang sogar Samstags und Sonntags gearbeitet wurde. Als Abfindungen wurden den ArbeiterInnen ein Monatslohn plus ein halber Monatslohn pro Dienstjahr angeboten. Das lehnen sie ab, sie wollen weiter arbeiten.</p> <p>aufgenommen: Mo., 30.11.2020 <span style="float: right;">Quelle: The Freeman, 29.11.20</span></p>			
Philippinen	2020	Krieg gegen die Drogen	10842
<p>Der vom Präsidenten <b>Duterte</b> im Jahr 2016 ausgerufene "Krieg gegen die Drogen" dauert an. Laut offiziellen Zahlen sind allein im August 46 Menschen deshalb von der Polizei umgebracht worden. Insgesamt seien es bisher mehr als 5800. (Unabhängige Beobachter geben die Zahl der entweder von Milizen oder der Polizei umbrachten Menschen weit höher an, Red.). Siehe <a href="#">10326</a>, <a href="#">9884</a>, <a href="#">9639</a>.</p> <p>aufgenommen: Fr., 25.9.2020 <span style="float: right;">Quelle: Inquirer.net, 25.9.20</span></p>			
Philippinen	27.7.20	Proteste gegen Präsidenten	10795
<p>Normalerweise finden anlässlich der "Rede zur Lage der Nation" des Präsidenten große Protestkundgebungen statt (<a href="#">10102</a>). Nicht so dieses Jahr. Die größte war wohl an der <b>Universität der Philippinen</b> in <b>Quezon</b> mit 1500 bis 8000 Teilnehmern. Sonst gab es nur kleinere oder "virtuelle" Proteste. Dennoch gab es landesweit mindestens 141 Festnahmen, meist unter dem Vorwand, Corona-Regeln seien nicht eingehalten worden.</p> <p>aufgenommen: Di., 28.7.2020 <span style="float: right;">Quelle: Bulatlat, Rappler, 28.7.20</span></p>			
Philippinen	4.7.20	Terrorgesetz	10778
<p>Präsident <b>Duterte</b> hat ein neues Anti-Terrorgesetz in Kraft gesetzt. Es richtet einen neuen "<i>Anti-Terror-Rat</i>" auf Regierungsebene ein, der in Zukunft definieren wird, welche Organisation oder welches Individuum terroristisch ist. Die Definition ist vage, auch die "Anstiftung zur Begehung von terroristischen Akten" gehört dazu. Angesichts der Tatsache, dass schon länger viele Aktivisten einfach als "Kommunisten" bezeichnet werden, kann so ein breites Spektrum von Dissens verfolgt werden. Verdächtige können ohne richterlichen Beschluss bis zu 24 Tage in Haft gehalten werden. Danach kann bis zu 6 Monaten Hausarrest, das Verbot jeglicher Kommunikation und das Einfrieren der Bankkonten angeordnet werden. Zwar sind z.B. Demonstrationen und Streiks ausgenommen - es sei denn sie "stellen</p>			

ein hohes Risiko für die öffentliche Sicherheit" dar. Nach Meinung vieler Beobachter zielt das Gesetz gar nicht so sehr gegen die *KP* oder die *NPA*, die waren schon vorher verboten. Vielmehr zielt es gegen die Vielzahl von Aktivismus - etwa die Einrichtung von Schulen auf dem Land oder das Organisieren von städtischen Armen. Es gab Widerstand gegen das Gesetz, aber doch vor allem virtuell. Vor allem wegen der rigiden Durchsetzung von Corona-Lockdown-Regeln. (Wegen Verletzung der Quarantäneregeln sind fast 200 000 festgenommen und 15 000 inhaftiert worden)

aufgenommen: So., 5.7.2020

Quelle: Bulatlat

Südostasien

Juni 20

Menschenrechte

10770

In einer [Gemeinsamen Erklärung](#) haben anlässlich des 36. (virtuell abgehaltenen) Gipfeltreffens der ASEAN (*Association of Southeast Asian Nations*) - Staaten 45 Menschenrechtsorganisationen die massiven Menschenrechtsverletzungen verurteilt, die unter dem Vorwand der Bekämpfung der Coronapandemie in der ganzen Region zugenommen haben. "Während der Pandemie haben die ASEAN-Staaten übermäßige Macht durch Notfallmaßnahmen angehäuft und haben die Strafverfolgungsbehörden mit Maßnahmen ausgestattet, die durch die Gesundheitsgefährdung gerechtfertigt wurden. Mit dem Ergebnis, dass eine deutliche Zunahme von Menschenrechtsverletzungen und Einschränkungen der grundlegenden Freiheiten offensichtlich geworden ist." Drakonische Gesetze zur Einschränkung der Meinungsfreiheit, zur Zensur von Social Media und zur Unterdrückung politischer Meinung wurden angenommen - vor allem in **Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Thailand** und **Vietnam**. Es gab ebenso viele Fälle von willkürlichen Festnahmen, Verhaftungen und gewaltsamen Auflösungen von Demos. Das zielte vor allem auf die Marginalisierten: Arbeiter, Migranten ohne Papiere, Geflüchtete und die Armen. Gegen Aktivisten aller Art (Umweltschutz, Landrechte, Migranten) und Journalisten wurde verstärkt vorgegangen. Häusliche Gewalt gegen Frauen habe zugenommen. Rassismus - vor allem gegen die Rohingya habe zugenommen, vor allem in **Malaysia** und **Thailand**. In **Myanmar** dauert die längste Sperrung des Internets für die 1 Millionen Menschen in Rakhine und Chin an.

aufgenommen: So., 28.6.2020

Quelle: Asian Forum for Human Rights and Development, 26.6.20

Philippinen

4.6.20

Gegen Antiterrorgesetz

10755

**Quezon City:** Hunderte demonstrierten bei der *University of the Philippines* gegen das neue Antiterrorgesetz. Das hat das Parlament passiert, muß noch vom Präsidenten unterzeichnet werden. Es sieht weitreichende Befugnisse für einen von der Regierung einzusetzenden "Anti-Terrorismus-Rat" vor. Polizei darf Leute bis zu 14 Tagen in Gewahrsam nehmen (bisher 3 Tage). "Aufruf" zum Terror wird bestraft, wobei dies nicht weiter definiert wird. Streiks, Umweltproteste und Rechtshilfe sind zwar im Prinzip ausgenommen, es sei denn sie "stellen eine ernste Gefahr der öffentlichen Sicherheit" dar - auch das wird dann der Antiterrorrat definieren. Das Gesetz zielt natürlich gegen die *KP* und die *New People's Army*. Aber angesichts der Tatsache, dass jetzt schon viele Proteste, Organisationen, Bewegungen zu "Frontorganisationen" der *NPA* erklärt werden, wird befürchtet, dass jede soziale Bewegung und viele Publikationen ins Visier geraten.

aufgenommen: Fr., 5.6.2020

Quelle: Inquirer.net, 6.6.20

Philippinen

5.5.20

Größter TV-Sender abgestellt

10727

*ABS-CBN*, der größte TV- und Radiosender des Landes mußte den Sendebetrieb einstellen. Laut der

Nationalen Telekommunikationskommission ist seine Lizenz abgelaufen; erneuert werden kann sie nur vom Parlament. Das wird aber erst nach der Coronaepidemie darüber entscheiden. Betroffen sind an die 11 000 Beschäftigte. Hintergrund ist, dass Präsident **Duterte** schon lange ein erbitterter Gegner des Senders ist. Er beschuldigt ihn, seine Werbung während des Wahlkampfes 2016 nicht gesendet zu haben. Daneben war der Sender auch kritisch gegen den "Krieg gegen die Drogen". Die [Webseite](#) des Senders ist weiterhin in Betrieb.

aufgenommen: Mi., 6.5.2020

Quelle: div

Taiwan

2.5.20

Migranten

10722

**Taipei:** Etwa 50 ArbeiterInnen aus Indonesien, Vietnam und den Philippinen demonstrierten vor dem Arbeitsministerium. Sie verlangen eine gesetzliche Regelung, nach der Fabriken und Unterkünfte getrennt werden müssen. Zuletzt waren 3 Vietnamesen ums Leben gekommen, als in der Fabrik unter ihrer Unterkunft Feuer ausgebrochen war.

aufgenommen: Mo., 4.5.2020

Quelle: China Post, Taipei Times, 3.5.20

Südostasien

1.5.20

MayDay

10721

In praktisch allen Ländern fand der 1. Mai vor allem virtuell, also nicht statt. Mit wenigen Ausnahmen. In **Indonesien** gabs kleinere Kundgebungen mit Masken und Abstand. Die großen Gewerkschaften haben auf Demos verzichtet, nachdem die Regierung versprochen hatte, die Parlamentsberatungen über das Omnibus-Law ([10638](#)) zu verschieben. Aber es gab Demos von ArbeiterInnen, die sich bereits in Streiks befinden, so von den ArbeiterInnen der *PT Alpen Food Industry* ([10675](#)). In



**Halmahera** demonstrierten die Bergarbeiter der Nickelmine *PT Indonesia Weda Bay Industrial Park* ([10704](#)). Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit dem Werkschutz; eine Kantine wurde abgepackelt. Die Polizei nahm 12 Arbeiter fest. In **Thailand** demonstrierten mehr als 250 Beschäftigte der Security Branche und forderten die Auszahlung von Teilen ihrer Rentenbeiträge, weil sie das Geld jetzt dringend brauchen. Auf den **Philippinen** gabs Massenfestnahmen von Leuten (insgesamt 76), die anlässlich des 1. Mai Lebensmittel an Bedürftige austeilen wollten. In **Laguna** wurden 16 Arbeiter von *Coca-Cola* ([8186](#)) verhaftet. Sie wurden danach der Presse als Kämpfer der *New People's Army* ([9436](#)) präsentiert, die sich ergeben hätten. In **Hong Kong** war es ruhig; die Polizei war mit großem Aufgebot in der Stadt unterwegs. An einer Stelle setzte sie Pfefferspray gegen eine kleine Gruppe junger Leute ein.

aufgenommen: Sa., 2.5.2020

Quelle: div

Philippinen

6.4.20

Polizei stürmt Barrikade

10705

**Kasibu**, Nueva Vizcaya: Seit dem Juli 2019 blockieren Anwohner die Zufahrt zur *OceanaGold*- Mine (Kapital aus Kanada und Australien), nachdem ihre Lizenz abgelaufen war. Sie arbeitet trotzdem weiter, jetzt ging ihr allerdings der Diesel zur Neige. Die Polizei hat mit Gewalt die Blockade von etwa 30, meist

Frauen, durchbrochen und einem Tankcluster den Weg frei gemacht. Ein Mann wurde festgenommen.

aufgenommen: Di., 7.4.2020

Quelle: Northern Dispatch, 7.4.20

Philippinen

1.4.20

Protest der Armen

10702

**Quezon City:** Etwa 100 Leute aus einem Armenviertel in *Barangay Pag-asa* demonstrierten für Hilfe. Die Regierung hat zwar die Auszahlung von 5000 bis 8000 Peso (143 €) versprochen; geschehen ist aber bis jetzt nichts. 20 Leute wurden festgenommen. Insgesamt hat die Polizei bis zum 30.3. etwa 17 000 Leute festgenommen - auf das Virus getestet wurden aber nur 3000.

aufgenommen: Do., 2.4.2020

Quelle: Inquirer.net, Kodoa.org, Bulatlat, 2.4.20

Philippinen

28.2.20

Studentenprotest

10679

In vielen Städten protestierten Studenten gegen die Erhöhung der Studiengebühren, die von den meisten privaten Schulen und Universitäten erhoben werden. Daneben protestieren sie auch gegen eine Gesetzesvorlage, mit der ein vorgeschriebenes militärisches Training wieder eingeführt werden soll. Das war 2001 abgeschafft worden. Damals hieß es noch "*Reserve Officers' Training Corps*", heute soll es "*Citizen Service Training Course*" heißen - aber erklärtermaßen militärische Übungen beinhalten.

aufgenommen: So., 1.3.2020

Quelle: Bulatlat, 1.3.20

12 Meldungen